

## Kooperationsvertrag

Zwischen der Stadt Castrop-Rauxel als Schulträger, Europaplatz 1, 44575 Castrop-Rauxel – vertreten durch den Bürgermeister Herrn Rajko Kravanja,

nachstehend „Schulträger“ genannt –

und XXXXX, XXXX, PLZ Stadt – vertreten durch XXX,

nachstehend „Maßnahmenträger“ genannt –

wird im Einvernehmen mit der Martin-Luther-King- Schule in Trägerschaft der Stadt Castrop-Rauxel am Standort Oer-Erkenschwick, Stimbergstraße 169 A, 45739 Oer-Erkenschwick, vertreten durch die Schulleitung Frau Ilka Degenhardt,

folgender **Kooperationsvertrag** geschlossen:

### Präambel

Der nachfolgende Kooperationsvertrag ist Ausdruck der gemeinsamen Zielsetzung der Stadt Castrop-Rauxel und des Maßnahmenträgers, ein Angebot der Förderung und Betreuung zu gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler in dem offenen Ganztagsangebot in ihren individuellen Fähigkeiten und Interessen und Begabungen fördert und ihre Persönlichkeitsentwicklung unterstützt. Zu diesem Zweck wirken beide Vertragsparteien auf der Grundlage von gegenseitiger Wertschätzung und Anerkennung zusammen und streben an, die sich aus dieser Zusammenarbeit ergebenden Fragen nach Möglichkeit im gegenseitigen Einvernehmen sowie durch einen kontinuierlichen Austausch zu klären.

### § 1

#### Grundlage

Nach § 5 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - SchulG NRW - arbeitet die Schule mit anderen Partnern, die ebenfalls Verantwortung für die Belange von Kindern tragen, zusammen. Der Rahmen dieser Zusammenarbeit wird inhaltlich durch den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule gemäß § 2 SchulG NRW vorgegeben. Durch den Vertrag soll neben der Zusammenarbeit eine abwechslungsreiche und vielseitige Unterrichtsgestaltung im Offenen Ganztage ermöglicht werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen in ihren Begabungen und Fähigkeiten unterstützt, gefördert und gefordert werden. Defizite sollen abgebaut werden. Die

Offene Ganztagsschule im Primarbereich - OGS (bei Förderschulen auch in den 5. und 6. Jahrgängen) - leistet einen Beitrag dazu, dass alle Beteiligten die Schule als einen Lern- und Lebensort erleben können.

## **§ 2 Vertragsgegenstand**

1. Gegenstand des Vertrages ist die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote der Offenen Ganztagsschule (OGS) an der

Martin-Luther-King-Schule der Stadt Castrop-Rauxel  
am Teilstandort Oer-Erkenschwick, Stimbergstraße 169 A, 45739 Oer-Erkenschwick

nach Maßgabe der in der Leistungsbeschreibung festgelegten Bildungs- und Betreuungsangebote des offenen Ganztagsangebotes. Der Umfang der Leistungspflichten des Maßnahmenträgers richtet sich nach der Leistungsbeschreibung, die vollumfänglich Bestandteil dieses Vertrages ist und diesem Verträge beigelegt ist.

2. Der Maßnahmenträger verpflichtet sich ferner, die in den nachfolgend aufgeführten enthaltenen Regelungen bei der Durchführung der OGS zu beachten:

a) Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich und Sekundarstufe I (BASS 12-63 Nr. 2)“ vom 23. Dezember 2010 in der jeweils gültigen Fassung;

b) Förderrichtlinie (Runderlass „Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote Offener Ganztagschulen im Primarbereich“ vom 12. Februar 2003 (BASS 11-02 Nr. 19) in der jeweils gültigen Fassung);

c) Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen „Verwaltungsvorschriften zu § 57 Abs. 1 SchulG -Aufsicht-“ vom 23. Dezember 2010 in der jeweils gültigen Fassung;

d) Grundsätze zur Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertagesbetreuung und Schulen im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen, Stand: 2018 (Herausgeber: Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen);

e) Ganztagskonzept der Schule (Grundlage für die pädagogische Arbeit);

f) Satzung der Stadt Castrop-Rauxel zur Beitragserhebung für die Nutzung außerunterrichtlicher Angebote der Offenen Ganztagschulen im Primärbereich der Stadt Castrop-Rauxel vom 27. Februar 2020;

g) Vertrag des Schulträgers mit den Erziehungsberechtigten über die Teilnahme am außerunterrichtlichen Angebot der OGS.

### **§ 3**

#### **Leistungsumfang**

Die Sicherstellung der OGS umfasst:

1. Planung, Organisation und Durchführung des qualifizierten und bedarfsgerechten OGS-Betriebes in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Schule / Schulleitung in der deutschen Sprache gemäß den Anmeldezahlen eines jeden Jahres bis zu einer maximalen Aufnahmekapazität von 100 Schülerinnen und Schülern;

2. Personaleinstellung, Personalverwaltung und Personaleinsatz in Abstimmung mit der Schule/ Schulleitung auf der Grundlage des Kooperationsvertrages;

3. eigenständige Organisation und Durchführung der Mittagsverpflegung im Sinne einer kindgerechten und gesunden Ernährung einschließlich der Gestellung des Personals.

Für die gesamte Abwicklung der Mittagsverpflegung, inkl. Vertragsabschluss mit den Erziehungsberechtigten sowie der Einnahme der Verpflegungsentgelte, ist der Maßnahmenträger zuständig.

Die Auswahl der Verpflegungsart erfolgt in Abstimmung mit der Schule und dem Schulträger unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten.

Den Umfang der Hauswirtschaftskraft / Hauswirtschaftskräfte legt der Maßnahmenträger fest;

4. Beschaffung und Bereitstellung von Bastel-, Spiel und Verbrauchsmaterialien für die Betreuung;

### **§ 4**

#### **Leistungszeiten**

1. Die Betreuung im Rahmen der OGS ist in der Schulzeit schultäglich von 11.45 Uhr bis 16.00 Uhr sicherzustellen. In der Zeit von 8:00 Uhr bis 11:45 Uhr wird die Betreuung der Schüler und Schülerinnen, die am Betreuungsangebot der Offenen Ganztagschule teilnehmen, im Bedarfsfall anderweitig sichergestellt. Unabhängig hiervon stellen die Schule gemäß Nr. 10.6 des o.g. Erlasses (BASS 12-63 Nr. 2) durch geeignete Vertretungskonzepte sicher, dass in der Zeit zwischen 8:00 Uhr und 11:45 Uhr in der Regel kein Unterricht ausfällt.

2. In der Ferienzeit, an beweglichen Ferientagen und bei schulinternen Fortbildungen ist die Betreuung im Rahmen der OGS von Montag bis Freitag jeweils von 08.00 Uhr bis 16.00 Uhr sicherzustellen.

Im Einzelnen werden folgende Betreuungszeiten in den Ferien angeboten:

- 3 Wochen in den Sommerferien
- 2 Wochen Herbstferien
- 2 Wochen Osterferien
- sowie im Bedarfsfall die Ferientage vor Weihnachten und nach Neujahr

3. Die konkreten Termine in der Ferienzeit werden zwischen Schule, Schulträger und Maßnahmenträger abgestimmt. Der Maßnahmenträger legt der Schulleitung und dem Schulträger spätestens zum 31.10. eines jeden Jahres eine Ferienplanung für das jeweilige Schuljahr vor. Auch die beweglichen Ferientage sollen in der Planung berücksichtigt werden. Die Betreuung in den Herbstferien soll spätestens 4 Wochen nach den Sommerferien bekannt gegeben werden.

4. Freistellungswünsche sind durch die Eltern rechtzeitig mitzuteilen, bei regelmäßig stattfindenden außerschulischen Bildungsangeboten möglichst vor Schuljahresbeginn. Die Entscheidungskompetenz über die Freistellung von der Teilnahme an der OGS wird auf den Maßnahmenträger in Abstimmung mit der jeweiligen Schulleitung übertragen (vgl. Nr. 5.6.2 des o.g. Erlasses (BASS 12-63 Nr. 2)).

## **§ 5**

### **Leistungsort**

Der Schulträger stellt dem Maßnahmenträger die Räumlichkeiten der Schule für die Betreuungsangebote unentgeltlich zur Verfügung.

## **§ 6**

### **Personelle Anforderungen**

1. Der Maßnahmenträger stellt zur Erfüllung des Angebotes der OGS fachlich geeignetes Personal ein. Dem Maßnahmenträger obliegt es mit den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln das nachstehende Personal auskömmlich und unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte, je nach Funktion des Mitarbeitenden, unter dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie unter Beachtung der üblichen Eingruppierung des geltenden Tarifrechts zu vergüten.

Am Standort in Oer-Erkenschwick ist folgende Personalbesetzung mindestens bezogen auf die Betreuung von 30 Schüler:innen vorgesehen:

- Fachkraft mit koordinierender Tätigkeit: 25,0 Wochenstunden
- Fachkraft: 20,0 Wochenstunden
- Ergänzungskraft: 40,0 Wochenstunden
- Sonstige Kräfte: 15,0 Wochenstunden sowie weitere 0,4 Stunden pro Monat / Schüler:in

Die Aufteilung ist als Gesamtheit für beide Gruppen zu verstehen.

Bei Ausweitung der Teilnehmerzahlen am Offenen Ganzttag über 30 Schülerinnen und Schüler hinaus, ist die personelle Ausstattung gemäß der Leistungsbeschreibung (siehe hierzu VIII. Personelle Anforderungen an den Auftragnehmer) zu erhöhen.

Ausnahmen oder Änderungen dieser Regelung sind möglich; sie bedürfen zur Wirksamkeit jedoch einer zusätzlichen, schriftlichen Vereinbarung.

2. Der Maßnahmenträger gewährleistet, dass das von ihm zur Verfügung gestellte Personal die für die Durchführung des Vertragsgegenstandes erforderlichen persönlichen Voraussetzungen, wie die entsprechende berufliche Qualifizierung, die gesundheitliche Eignung nach §§ 34, 35 Infektionsschutzgesetz und ein eintragungsfreies, erweitertes Führungszeugnis gemäß § 30a Bundeszentralregistergesetz erfüllt, und legt dem Schulträger diese Nachweise hierzu im Bedarfsfall auf Verlangen vor. Das Masernschutzgesetz ist zu beachten. Der Maßnahmenträger sorgt zudem für ein regelmäßiges Fortbildungsangebot für seine Mitarbeitenden auf seine Kosten, als Teil der Qualitätssicherung für die pädagogische Arbeit. Er führt zudem regelmäßige Teambesprechungen mit seinen Mitarbeitenden durch, ggfs. sofern gewünscht zusammen mit der Schulleitung. Auf Wunsch sind dem Schulträger entsprechende Nachweise dazu vorzulegen.

3. Der Maßnahmenträger entscheidet im Benehmen mit der Schulleitung über die Auswahl des im Ganztagsbetrieb der Schule eingesetzten Personals. Auf Verlangen der Schulleitung hat der Maßnahmenträger vom Einsatz von Personen abzusehen, an deren fachlicher oder persönlicher Eignung begründete Zweifel bestehen. Er verpflichtet sich zudem fortlaufend ein internes Qualitätsmanagement aktiv zu betreiben. Jährlich sind durch ihn Zufriedenheitsumfragen durchzuführen, die an die Eltern der OGS gerichtet werden, diese auszuwerten und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen zur Qualitätssteigerung auf eigene Kosten durchzuführen. Dem Schulträger und der Schule werden die Ergebnisse unaufgefordert jährlich schriftlich zur Verfügung gestellt und gegebenenfalls über eingeleitete Maßnahmen zur Qualitätssicherung berichtet. Das Qualitätsmanagement soll in Abstimmung mit der Schule betrieben werden.

4. Auf Verlangen des Schulträgers sind die Arbeitsverträge des Betreuungspersonals vorzulegen, um gegebenenfalls die Einhaltung der grundsätzlichen Fördervoraussetzungen gemäß den betreffenden Förderrichtlinien überprüfen zu können. Die Ausgestaltung der Verträge sollte bestmöglich auf die Förderrichtlinie abgestimmt sein, so dass die gewährten Fördermittel vollumfänglich genutzt werden können. Rückerstattungen des Schulträgers, insbesondere durch mangelnde Abstimmung der Verträge, gilt es zu vermeiden. Auch hier ist der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu beachten.

5. Neben der pädagogischen Eignung des Personals wird die Fähigkeit und Bereitschaft zur konstruktiven Kooperation mit Schulleitung, Lehrerkollegium und Eltern gefordert.
6. Das eingesetzte Personal muss darüber hinaus jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten und im Rahmen seiner Tätigkeit die politische, weltanschauliche und religiöse Neutralität wahren. Der Maßnahmenträger trägt dafür Sorge anderenfalls das Personal durch geeignete Personen schnellstmöglich auszutauschen.
7. Die Dienstaufsicht über das eingesetzte OGS-Personal obliegt dem Maßnahmenträger (ergibt sich durch den Arbeitgeberstatus). Unbeschadet der Rechte der Schulleitung gemäß § 59 Absatz 1 und 2 SchulG NRW wird die Fachaufsicht gemeinschaftlich wahrgenommen.
8. Dienstpläne des gestellten Personals werden der Schulleitung vorgelegt und eventuell absehbare, abweichende Arbeitszeiten werden mit ausreichendem Vorlauf, ggfs. in einem abgestimmten Rhythmus, vorab mit der Schulleitung abgestimmt.
9. Der Maßnahmenträger stellt bei Ausfall einer Person des gestellten Personals (z.B. infolge einer Erkrankung, Verhinderung) kurzfristig, jedoch spätestens am 6. Tag – jedoch bei jedem weiteren, zusätzlichen Personalausfall ab dem 1. Tag - geeigneten Ersatz zur Verfügung, und informiert die Schulleitung umgehend über die Änderung.
10. Die von dem Maßnahmenträger eingesetzten Personen treten nicht in ein Arbeitsverhältnis zum Schulträger ein und erwerben keinen Anspruch auf Übernahme in den Schuldienst. Es bestehen keine Ansprüche des eingesetzten Personals gegenüber dem Schulträger bei Krankheit, Arbeitsverhinderung und auf Urlaub.

## **§ 7 Vergütung**

1. Die Durchführung der OGS wird durch Landesmittel, Elternbeiträge und Eigenmittel finanziert, die vom Schulträger vereinnahmt und bewirtschaftet werden.
2. Die Vergütung für das in § 2 Ziffer 1 aufgeführte Angebot ist abhängig von der Anzahl der angemeldeten Schülerinnen und Schüler und richtet sich nach der Personalgestaltung aus § 6 dieser Vereinbarung. Erfüllt das eingesetzte Personal nicht die in § 6 geforderten persönlichen und fachlichen Voraussetzungen, ist der Schulträger berechtigt, Kürzungen der Vergütung vorzunehmen.
3. Die Höhe der Vergütung beträgt für die Betreuung von 30 Schüler:innen im
  - 1. Schuljahr (08.26 – 07.27): xxx €
  - 2. Schuljahr (08.27 – 07.28): xxx €
  - 3. Schuljahr (08.28 – 07.29): xxx €

- 4. Schuljahr (08.29 – 07.30): xxx €

Die Vergütung reduziert bzw. erhöht sich entsprechend der tatsächlichen Teilnehmerzahl um jeweils 1/30 dieses Betrags.

Die Auszahlung der Vergütung erfolgt in zwei Abschlägen jeweils hälftig zum 01.09. und zum 01.03. eines jeden Schuljahres.

Dabei orientiert sich die Abschlagshöhe zum 01.09. eines Schuljahres an der durch die Schulleitung gemeldeten Teilnehmerzahl aus März eines jeden Jahres (vorläufige Planung). Sollten die tatsächlichen Zahlen der zum Stichtag (15.10.) eines jeden Jahres gemeldeten Schüler:innen zur Meldung im März des jeweiligen Jahres abweichen, so wird der Differenzbetrag zum 01.03. eines jeden Folgejahres zu 1/30 je zusätzlichem Schüler / zusätzlicher Schülerin ausbezahlt bzw. bei geringerer Anmeldezahl als 30 Schüler:innen zu 1/30 in Abzug gebracht (jeweils gemessen an der vereinbarten Vergütung für die Betreuung von 30 Schüler:innen für das jeweilige Schuljahr).

Mit Zahlung dieser zwei Abschläge werden alle Verpflichtungen des Schulträgers zur Vergütung des Maßnahmenträgers aus dieser Vereinbarung erfüllt. Der Schulträger übernimmt keine weiteren Kosten und Auslagen, die mit der Durchführung dieser Vereinbarung entstehen. In den Abschlägen sind insbesondere folgende Kosten des Maßnahmenträgers enthalten:

- a. Personalkosten (ohne Personalnebenkosten),
- b. Personalnebenkosten in Höhe von pauschal 2% der tatsächlich angefallenen Personalkosten,
- c. Kosten für Regie- und Koordinationsleistungen (Overhead-Kosten) in Höhe von 8 % der Personalkosten,
- d. Kosten für Bastel-, Spiel- und Verbrauchsmaterialien für die Betreuung

4. Ausgefallene Zeiteinheiten werden nicht vergütet. Sie können nach Rücksprache und mit Zustimmung der Schulleitung gegen Vergütung nachgeholt werden. Kosten, die aufgrund einer höheren (über der tarifüblichen Bezahlung) oder über die Maximalbeträge für die Sachmittel / besondere Maßnahmen hinausgehen, werden nicht erstattet.

5. Die Abrechnung des Maßnahmenträgers erfolgt über einen Eckkostennachweis. Dieser muss der Auftraggeberin spätestens 2 Monate nach Schuljahresende, also spätestens zum 30.09. eines jeden Jahres, vorliegen. Die Zusammensetzung der Eckkosten ergibt sich aus §7 dieses Vertrages.

Die Abrechnungshöhe darf je angemeldetem Schüler / angemeldeter Schülerin die Kosten von 1/30 gemessen an dem Angebotspreis des jeweiligen Schuljahres nicht übersteigen. Sollten die Eckkosten geringer sein als die Kosten von 1/30 je Schüler / Schülerin (gemessen an dem Angebotspreis des jeweiligen Schuljahres), müssen die nichtverausgabten Mittel entsprechend

dem Echkostennachweis an die Auftraggeberin zurückgezahlt werden. Die Rückzahlungen haben bis spätestens 15.10. nach Ende eines jeden Schuljahres zu erfolgen.

6. Bei Änderungen bzgl. der Art der Mittagsverpflegung müssen diese dem Maßnahmenträger bis zum 31.05. vor Schuljahresbeginn schriftlich mitgeteilt werden.

## **§ 8**

### **Zusammenarbeit**

1. Die Schule und der Maßnahmenträger arbeiten bei der Durchführung dieser Vereinbarung vertrauensvoll zusammen und werden sich in allen Angelegenheiten des Ganztagsbetriebs gegenseitig unterstützen, informieren und abstimmen unter Beachtung des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schule gemäß § 2 SchulG NRW. Sowohl die Schule als auch der Maßnahmenträger informieren ihre Beschäftigten über diese Regelung.

2. Die Schulleitung verpflichtet sich, den zugewiesenen Lehrerstellenanteil in Höhe von derzeit 0,1 für die Umsetzung von OGS als Lehrerstunden entsprechend einzusetzen.

3. Sowohl der Maßnahmenträger als auch die Schulleitung benennen je eine Person als zentralen Ansprechpartner.

4. Die Lehrerkonferenz kann pädagogisches Personal des Maßnahmenträgers in die Schulkonferenz wählen gem. § 68 Absatz 4 SchulG NRW. Weiterhin kann die Schulkonferenz aus sich heraus Personal des Maßnahmenträgers als beratende Mitglieder berufen gemäß § 66 Absatz 7 SchulG NRW. Der Schulträger kann eine Teilnahme der OGS-Kräfte in den o. g. Konferenzen nicht zusichern und daher nicht vereinbaren. Schule und Maßnahmenträger vereinbaren besondere Regelungen zur Mitwirkung des gestellten Personals (vgl. § 75 Absatz 4 SchulG NRW).

5. Der Kinderschutz wird als gemeinsamer Auftrag für Schule und Jugendhilfe in § 42 Absatz 6 SchulG NRW und in § 8a SGB VIII formuliert.

## **§ 9**

### **Teilnahmeberechtigung / Aufnahme**

1. Der Maßnahmenträger führt den OGS-Betrieb in Gruppen durch. Eine Gruppe umfasst zirka 20 Schülerinnen und Schüler. Derzeit umfasst die OGS zwei Gruppen. Je nach Anmeldeverhalten können die Teilnehmerzahlen nach Rücksprache mit der Schulleitung und dem Schulträger bis zur gesetzlich festgeschriebenen Anmeldefrist im Oktober (Stichtag 15.10.) eines jeden Schuljahres erhöht, die Gruppenstärken der Betreuungsgruppen ausgeweitet und ggf. weitere Betreuungsgruppen eingerichtet werden.



2. Der Betreuungsvertrag wird von der Schulleitung stellvertretend für die Stadt Castrop-Rauxel geschlossen. Das Anmeldeverfahren führt federführend die Schule durch. Der Maßnahmenträger unterstützt die Schule dabei. Bei Anmeldeüberhang legt die Schulleitung fest, welche Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden. Die Schulleitung orientiert sich dabei an dem Kriterienkatalog zur Aufnahme in die OGS der Stadt Castrop-Rauxel.

## **§ 10 Aufsicht**

1. Die Dienstaufsicht der Mitarbeiter:innen für die außerunterrichtlichen Angebote obliegt dem Maßnahmenträger. Die Fachaufsicht obliegt dem Maßnahmenträger im Benehmen mit der Schulleitung, wobei das Ganztagskonzept der Schule die Grundlage für die pädagogische Arbeit bildet. Die Dienst- und Fachaufsicht über die Lehrkräfte wird über die Schulleitung wahrgenommen.

2. Die Schulleitung und der Maßnahmenträger unterrichten sich gegenseitig möglichst unverzüglich in strukturierter und geeigneter Form über Erkrankungen, Befreiungen, Beurlaubungen und Abmeldungen von Schülerinnen und Schülern. Bei unentschuldigtem Fernbleiben von Schülerinnen und Schülern im Zeitraum ihrer Anmeldung verständigt der Maßnahmenträger unverzüglich die Schulleitung. Die grundsätzlichen Regeln (Form und Turnus) über die Art und Weise des Austauschs legt die jeweilige Schulleitung fest.

## **§ 11 Versicherung und Haftung**

1. Der Maßnahmenträger ist verpflichtet, dass bei ihm beschäftigte Personal bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden. Der Maßnahmenträger ist verpflichtet, für sich und sein Personal eine eigene Vereins- oder Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und dies dem Schulträger zu Beginn der Maßnahme unaufgefordert, danach auf Verlangen nachzuweisen. Über eine Änderung oder Kündigung des Haftpflichtversicherungsvertrages ist der Schulträger unverzüglich zu unterrichten.

2. Der Schulträger und die Schule oder ihre jeweiligen Erfüllungsgehilfen haften für Schäden des Maßnahmenträgers, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergeben sollten, nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Für Schäden des Maßnahmenträgers aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit verbleibt es bei der gesetzlichen Haftung.

3. Der Maßnahmenträger ist verpflichtet, den Schulträger und die Schule von allen gegen diese gerichteten Ersatzansprüche Dritter, soweit sie mit diesem Vertrag im Zusammenhang stehen und von dem Maßnahmenträger bzw. seinem Personal zu vertreten sind, freigestellt. Ausgenommen von dieser Haftungsfreistellung sind Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder

grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Schulträgers oder der Schule bzw. ihrer Erfüllungsgehilfen beruhen. Ebenfalls ausgenommen von der Haftungsfreistellung sind Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, für die es bei der gesetzlichen Haftung verbleibt.

## **§ 12 Datenschutz**

Der Maßnahmenträger verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, dass der Datenschutz gewahrt wird. Dies erfolgt insbesondere auch dadurch, dass er seinem Personal untersagt, geschützte, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als den zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zwecken zu verarbeiten, bekanntzugeben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Die eingesetzten Kräfte werden insbesondere verpflichtet, über alle ihnen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit im Rahmen des offenen Ganztagsangebotes über die Beteiligten bekanntwerdenden Daten absolutes Stillschweigen zu bewahren und alle Unterlagen über die am schulischen Leben beteiligten Personen vor Zugriffen Dritter zu schützen.

## **§ 13 Vertragsdauer/ Wirksamkeit**

1. Diese Vereinbarung gilt ab dem 01.08.2026 und ist befristet bis zum Ablauf des Schuljahres 2027 / 28 (31.07.2028). Es besteht die Option der zweimaligen Verlängerung um jeweils ein weiteres Schuljahr (maximale Laufzeit 4 Jahre). Die Auftraggeberin übersendet ein entsprechendes Auftragsschreiben dazu bis spätestens 28.02. an den Auftragnehmer. Die Vertragsverlängerung kommt zustande, indem der Auftragnehmer diesen Auftrag binnen eines Monats nach Erhalt des Auftragsschreibens verlängert.

2. Der Vertrag kann von jeder Vertragspartei aus wichtigem Grunde unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen zum 1. eines jeden Monats außerordentlich gekündigt werden, wenn Tatsachen vorliegen, aufgrund derer unter Berücksichtigung aller Umstände und unter Abwägung der Interessen beider Vertragspartner die Fortsetzung einem Vertragspartner unter keinen Umständen nicht mehr zugemutet werden kann und ein vorher durchgeführtes Mediationsverfahren unter Beteiligung des Schulträgers erfolglos war. Ein wichtiger Grund ist insbesondere, wenn kein Einvernehmen zwischen dem Maßnahmenträger und der Schulleitung mehr hergestellt werden kann, wenn die Finanzierungsmöglichkeiten des Ganztagsbetriebes nach § 7 Abs. 1 sich ändern oder wenn keine Gruppe mehr für den Ganztagsbetrieb zustande kommt. Im Fall der außerordentlichen Kündigung sind gewährte Leistungen zu erstatten. Auch die außerordentliche Kündigung bedarf der Schriftform.

## **§ 14 Schlussbestimmungen**

1. Vor dem erstmaligen Einsatz einer Betreuungsperson hat der Maßnahmenträger für die einzusetzende Betreuungsperson ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30a BZRG einzufordern. Der Einsatz darf erst nach Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses erfolgen. Die Kosten des Führungszeugnisses trägt der Schulträger nicht.
2. Der Maßnahmenträger ist verpflichtet, das von ihm eingesetzte Betreuungspersonal vor dem erstmaligen Einsatz nach § 35 Infektionsschutzgesetz (IfSG) zu belehren.
3. Der Maßnahmenträger hat für die Einhaltung der im Hinblick auf die durchzuführenden Ganztags- und Betreuungsangebote geltenden Hygiene- und Sicherheitsvorschriften Sorge zu tragen.
4. Änderungen und Ergänzungen des Kooperationsvertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Das gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.
5. Sollte der Vertrag ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, sollten sich in diesem Vertrag Lücken ergeben, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt werden. Die Vertragspartner haben sich vielmehr so zu verhalten, dass der angestrebte Zweck erreicht wird und alles zu tun, was erforderlich ist, damit die Teilnichtigkeit unverzüglich behoben wird. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen oder zur Auffüllung von Lücken soll eine angemessene Regelung gelten, die dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt haben würden, sofern sie die Nichtigkeit oder die nicht getroffene Regelung bedacht hätten. Beruht die Ungültigkeit auf einer Leistungs- oder Zeitbestimmung, so tritt an Ihre Stelle das gesetzlich zulässige Maß.
6. Sollte die Grundlage dieses Vertrages sich wesentlich verändern, verpflichten sich die Parteien, den Vertrag an die geänderten Verhältnisse anzupassen und unverzüglich neue Regelungen für die restliche Vertragslaufzeit zu vereinbaren.
7. Die Vertragsparteien sowie die Schulleitung erhalten eine Ausfertigung dieser Vereinbarung.

Castrop-Rauxel, den \_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

Für den Schulträger:

Für den Maßnahmenträger:

\_\_\_\_\_  
Rajko Kravanja  
- Bürgermeister-

\_\_\_\_\_  
XXX  
- XXX -

Für die Schule:

---

Ilka Degenhardt  
- Schulleiterin-

## Anlagen